

Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland

Konsequenzen für das Sozialgefüge und für die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels¹

Berthold Vogel

Die politische „Wende“ in der DDR ist Vergangenheit. Doch deren ökonomische und soziale Folgekosten bestimmen die Gegenwart. Das mit der „Wende“ bzw. mit der staatlichen (Wieder-)Vereinigung in Gang gesetzte Verschwinden bestimmter, vor allem industrieller Tätigkeitsfelder, die Prekarisierung wie Destabilisierung von Beschäftigungsverhältnissen und der rasche Anstieg der Arbeitslosigkeit haben das Sozialgefüge und das gesellschaftliche Klima in den neuen Bundesländern tiefgreifend verändert. Die Teilhabemöglichkeit am Erwerbssleben ist zur zentralen Triebfeder sozialer Ungleichheit und Differenzierung geworden. Der Verlust der Erwerbsarbeit ist die subjektive Schlüsselerfahrung der „Wende“. Als Tatsache und als Bedrohung prägt die Arbeitslosigkeit den Blick der Menschen in Ostdeutschland auf die neue Gesellschaft und bestimmt maßgeblich ihre (politischen) Urteile und Haltungen gegenüber der veränderten sozialen und wirtschaftlichen Ordnung (vgl. Pollack 1996 und 1997). Die Wahrnehmung und Bewertung neuer sozialer Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Unsicherheit machen sich primär an der Frage nach den Zugangsmöglichkeiten zum Erwerbssystem fest.

Welche Entwicklungsperspektiven hat nun eine Gesellschaft, deren Aufbau- und Neuordnungsprozeß in sehr starkem Maße durch den Verlust und das Verschwinden

von Erwerbsarbeit geprägt ist? Bilden die Spuren, die die Arbeitslosigkeit im Sozialgefüge und in den Erfahrungen der Menschen hinterlassen hat, in Zukunft die Grundlage eines sozialen „Turbulenzpotentials“ (Lutz 1997, S. 154) in den neuen Ländern? Mit Blick auf zwei zentrale Aspekte der ostdeutschen Gesellschaftsentwicklung, an denen sich die Spuren der Arbeitslosigkeit besonders deutlich ablesen lassen, möchte ich diese Frage im folgenden diskutieren. Der Beitrag setzt sich *erstens* mit den *Strukturbrüchen am Arbeitsmarkt* auseinander, die im Kontext der Neuordnung des Beschäftigungssystems und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit entstanden sind. *Zweitens* geht es um die *Erfahrung der Überzähligkeit* bei denjenigen, die sich ohne Arbeit in die neue Gesellschaftsordnung einfädeln mußten.

1. Strukturbrüche am Arbeitsmarkt und im Sozialgefüge - Ostdeutschland auf dem Weg zu einer Zwei-Drittel-Gesellschaft neuen Typs?

Die drastische Beschäftigungsreduzierung der Nachwendezeit und ihre arbeitsmarktpolitische Bearbeitung haben in Ostdeutschland eine gespaltene Gesellschaft hervorgebracht. Nicht nur ging im großen Maßstab Beschäftigung verloren, auch die relative Einheitlichkeit

¹ Der vorliegende Text ist eine gekürzte Fassung des Schlußkapitels einer empirischen Untersuchung, die unter dem Titel „Ohne Arbeit in den Kapitalismus“ im VSA-Verlag Hamburg erschienen ist.

der Erwerbspositionen und Soziallagen in der um Industriearbeit zentrierten Arbeitsgesellschaft der DDR wurde seit der „Wende“ zerstört. In kurzer Zeit vervielfältigten sich Erwerbspositionen. Die abhängig beschäftigten Erwerbspersonen differenzierten sich von nun an in Voll- und Teilzeitbeschäftigte, in regulär und irregulär Erwerbstätige und in Beschäftigte auf dem „ersten“ und dem „zweiten“ Arbeitsmarkt. Als Konsequenz der massiven beschäftigungspolitischen Interventionen trat nach der „Wende“ beispielsweise der vorher unbekannte Typus des Kurzarbeiters oder des ABMlers innerhalb der Erwerbsbevölkerung auf. Aber auch unter den Nicht-Erwerbstätigen bildeten sich neue Erwerbspositionen heraus: neben den Arbeitslosen ist hier vor allem an die arbeitsmarkt- und sozialpolitisch konstruierte Soziallage des Vorruehständlers zu denken (vgl. zu diesem Differenzierungsprozeß insgesamt Wiener 1997).

Versucht man ein Gesamtbild der Entwicklung von Arbeit und Beschäftigung in Ostdeutschland seit der „Wende“ zu gewinnen, dann deutet vieles auf folgendes Szenario hin: Die Reduzierung und Differenzierung von Beschäftigung läßt im Osten Deutschlands *eine Zwei-Drittel-Gesellschaft neuen Typs* entstehen - eine Zwei-Drittel-Gesellschaft mit „umgekehrten Vorzeichen“. Während es rund einem Drittel der Erwerbsbevölkerung in Ostdeutschland nach der „Wende“ gelungen ist, sich dauerhaft im neuen Erwerbsarbeitssystem zu etablieren, befinden sich etwa zwei Drittel entweder in einer instabilen Erwerbsposition am „ersten“ oder „zweiten“ Arbeitsmarkt oder drohen als (Langzeit-)Arbeitslose ganz und gar den Zugang zu Erwerbsarbeit zu verlieren.

Der Herausbildung dieses Typs der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, in dem sich das Verhältnis von Stabilität und Instabilität innerhalb der Erwerbsarbeitssphäre neu ordnet, liegen folgende Entwicklungen zugrunde:

- Erstens haben sich in allen wirtschaftlichen Sektoren, allen voran im Bereich der Industrie, seit 1990 stabile Formen der Beschäftigung drastisch verringert - das Normarbeitsverhältnis, das die Arbeitsstrukturen der DDR-Industriegesellschaft geprägt hat, ist deutlich auf dem Rückzug.

- Zweitens hat sich in der Umbruchphase eine breite Zone prekärer und instabiler Beschäftigung etabliert - hierzu trägt die Herausbildung der privaten Dienstleistungsökonomie ebenso bei wie die öffentliche Beschäftigungsförderung.
- Drittens hat die Marginalisierung bestimmter Gruppen der ostdeutschen Erwerbsbevölkerung durch (Langzeit-)Arbeitslosigkeit rasch und deutlich an Kraft gewonnen.

Das Bild der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, das für die westdeutsche Gesellschaft der achtziger Jahre Tendenzen der Spaltung, aber auch der sozialen Stabilität für die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung suggerierte, erhält nun im Kontext der ostdeutschen Entwicklung der neunziger Jahre eine neue Bedeutung - quantitativ wie qualitativ. Für Ostdeutschland signalisiert dieses Bild, daß innerhalb der Sphäre der Erwerbsarbeit das Maß an „sozialer Verletzbarkeit“ (Castel 1996) stark gestiegen ist. Soziale Verletzbarkeit heißt: Für die Mehrheit der ostdeutschen Erwerbsbevölkerung hat ihre Position auf dem Arbeitsmarkt und im Erwerbssystem an Sicherheit, Stabilität und Dauerhaftigkeit verloren, sie ist fragiler geworden. Wie die aktuelle Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes zeigt, ist zum Teil auch die Position derjenigen verletzlich und fragil geworden, denen es in der ersten Zeit nach der „Wende“ gelang, sich im Erwerbssystem zu behaupten. Ein elementares Gefühl sozialer und beruflicher Unsicherheit reicht dementsprechend bis in relativ stabile und gut etablierte Kreise der Erwerbsbevölkerung hinein. Die Rahmenbedingungen der Arbeitswelt sind in den neuen Ländern brüchig geworden. Nichts scheint mehr von Dauer zu sein und um die einmal erworbenen beruflichen und sozialen Positionen muß man nun dauerhaft kämpfen.

Bei der Herausbildung dieses ostdeutschen Szenarios einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ spielte die von den Arbeitsämtern in Gang gesetzte Arbeitsmarktpolitik eine zentrale Rolle (vgl. Vogel 1999, S. 48 ff.). Die Architektur der Arbeitsmarktpolitik im Transformationsprozeß war auf einen doppelten Effekt hin angelegt: Auf der einen Seite zielte sie auf eine (phasenweise oder dauerhafte) Integration in das neue

Erwerbssystem. Sie schützte auf diese Weise zunächst sehr viele Gruppen der Erwerbsbevölkerung vor den Zumutungen des neuen Arbeitsmarktes. Auf der anderen Seite zielte sie auf Selektion und Verdrängung, d.h. auf eine sozial regulierte Schrumpfung der aktiven Erwerbsbevölkerung. Beide Zielsetzungen waren und sind freilich untrennbar miteinander verbunden. So setzte die erfolgreiche Selektion der ostdeutschen Erwerbsbevölkerung differenzierte und differenzierende Angebote einer periodischen Eingliederung (z.B. durch fortbildende Maßnahmen oder durch ABM) voraus: Keine Selektion ohne Integration und umgekehrt (vgl. Türcke 1996).

Der Neuaufbau von Arbeitsmarkt und Beschäftigung lief somit seit der „Wende“ nach dem insgesamt sehr erfolgreich praktizierten Muster „*integrativer Selektion*“ der 1989/90 vorhandenen DDR-Erwerbsbevölkerung ab. Das Resultat dieses arbeitsmarktpolitisch gesteuerten Wechselspiels von Integration und Selektion bestand in einer Neuverteilung von Beschäftigungschancen. Die Zugangsbedingungen zum Erwerbssystem wurden entlang der Faktoren Alter, Geschlecht, Qualifikation neu definiert. Auch die räumlichen und zeitlichen Strukturen der Erwerbsarbeit wurden neu festgelegt. Hauptleidtragende der veränderten Zugangsbedingungen zum Erwerbssystem waren ohne Zweifel die Arbeiterinnen und Arbeiter der großen industriellen Kombinate und der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. War ihre soziale Position inmitten der Arbeitsgesellschaft vormals durch die politische und industriegewirtschaftlich zentrierte Ordnung der DDR garantiert, wurden sie nach der „Wende“ von den zentrifugalen Kräften des Nachwende-Arbeitsmarktes in besonders scharfer Weise erfaßt und an die Außenränder der neuen Arbeitsgesellschaft gedrängt.

Als ein wichtiger Bestandteil der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ ostdeutscher Prägung bildete sich im Zuge der skizzierten Entwicklung eine *neue Soziallage der „Überzähligen“* heraus. Zu ihr zählen Langzeit- oder Dauerarbeitslose, die vom Erwerbssystem weitgehend

abgekoppelt sind. Der versperrte Zugang zu Erwerbsarbeit ist für sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer dauerhaften Realität geworden, d.h. zu einem biographischen Tatbestand, der nichts Episodenhaftes mehr besitzt (vgl. Vogel 1999, S. 73 ff.). Das neue Erwerbssystem, dessen Arbeitsplatzstruktur sich binnen kurzer Zeit tiefgreifend veränderte, innerhalb dessen sich neue Berufsfelder und Qualifikationsanforderungen herausbildeten und alte verschwanden, verschließt sich ihnen auf Dauer. Mit anderen Worten: Die veränderten Verwertungskriterien der Ware Arbeitskraft hatten insbesondere für den Sozialtyp des Industrie- und Landarbeiters deklassierende Folgen. Manuelle, auf körperlicher Leistungsfähigkeit beruhende Fertigungstätigkeiten verloren durch die „Wende“ betrieblicherseits an Relevanz und wurden überzählig. Zudem wurden die verbliebenen (industriellen) Fertigungstätigkeiten in materieller, sozialer und kultureller Hinsicht deutlich abgewertet. Die DDR-Parole „Ich bin Arbeiter - wer ist mehr?“ verkehrte sich zur Formel „Ich bin Arbeiter - wer ist weniger?“ (vgl. Nethövel 1993). In der Neustrukturierung der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft reaktualisiert sich daher die Klassenfrage - *und* mit ihr die Geschlechterfrage.

Denn über die Destabilisierung der Erwerbsarbeit, über die Verwundbarkeit von Erwerbspositionen und über die Ausschließungsprozesse am Arbeitsmarkt können wir nicht sprechen, ohne die brisante Lage der Frauen im Beschäftigungssystem der Nachwendezeit zu thematisieren. Das gilt in besonderem Maße für die Arbeiterinnen, denn in ihrem Falle verstärken die sozialen Diskriminierungsmerkmale Klasse und Geschlecht einander. Aber es trifft eben nicht allein die ehemals in Landwirtschaft und Industrie erwerbstätigen Arbeiterinnen, sondern insgesamt haben sich seit der „Wende“ in den neuen Bundesländern die institutionelle Praxis und das gesellschaftliche Klima zuungunsten weiblicher Erwerbstätigkeit gewandelt. Die Selektivität der beschäftigungspolitischen Steuerung des Umbruchprozesses führte zu einer deutlichen Verkleinerung der weiblichen Erwerbsbeteiligung. Daher war es wenig verwunderlich, daß insbesondere die

Langzeitarbeitslosigkeit bis Mitte der neunziger Jahre in Ostdeutschland zu drei Vierteln Frauen betraf. Dieses Bild beginnt sich allmählich zu verändern, da immer mehr Männer, die in der Nachwendezeit noch arbeitsmarktpolitisch aufgefangen wurden, nun dauerhaft in Arbeitslosigkeit zu verbleiben drohen. Doch im Unterschied zur männlichen Erwerbsbevölkerung mußten die Frauen von Beginn des Transformationsprozesses an um ihren Anspruch auf Zugang zum Arbeitsmarkt und auf eine eigenständige erwerbswirtschaftliche Existenz kämpfen und sich gegenüber dem arbeitsmarktpolitisch gestützten Verdrängungsdruck zur Wehr setzen. Zudem waren und sind Frauen zahlreichen Einflüsterungen aus der Politik wie aus den eigenen Familien und Bekanntenkreisen ausgesetzt, die ihnen den Rückzug aus dem Erwerbsleben ans Herz legen. Welche Kraftanstrengung dieser Kampf um Arbeitsmarktpräsenz erfordert, zeigen unsere Interviews mit arbeitslosen Frauen aller Alters- und Qualifikationsgruppen. Auf lange Sicht zermürbt und demoralisiert dieser Kampf. Annähernd die Hälfte der arbeitslosen Frauen unseres Befragungssamples tritt daher einen resignativen Rückzug vom Arbeitsmarkt an, der dem arbeitsloser Frauen in den alten Bundesländern durchaus vergleichbar ist (vgl. Vogel 1999, S. 182 ff. und Kronauer/Vogel/Gerlach 1993).

Der Arbeitsmarkt dieses Typs einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ spaltet sich - zusammengefaßt - in ein Segment relativer Stabilität, in ein Segment der Instabilität und sozialen Verletzbarkeit und in ein Segment der drohenden bzw. faktischen Ausschließung von regelmäßiger Erwerbstätigkeit. Die quantitative Dominanz der Segmente der Instabilität und der Ausschließung bestimmt maßgeblich die gesellschaftlichen Erfahrungen und kollektiven Bewußtseinsformen in den neuen Bundesländern. Daran ändern auch die zweifellos vorhandenen erfolgreichen Projekte industrieller Restrukturierung (vgl. Thierse 1997) nichts, und auch die technologische und infrastrukturelle Modernisierung sowie die allgemein angehobenen Konsummöglichkeiten können die tiefgreifenden Umbrüche in der Arbeitswelt und die daraus

resultierenden sozialen Verwerfungen nicht konterkarieren. „Heute fällst du unten durch“ („Die Zeit“ vom 05.02.1998) bzw. „Der Osten bricht weg“ („Die Zeit“ vom 13.03.1998) - das sind aktuelle Formeln, mit denen die ostdeutsche Arbeitsmarktentwicklung und die mit ihr verknüpften Erfahrungen beschrieben werden.

2. Ohne Arbeit im Kapitalismus - „Überzähligkeit“ als neue Sozialerfahrung und die Herausbildung eines Bewußtseins sozialer Marginalität

Die Metapher der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ neuen Typs liefert uns ein quantifizierendes Strukturbild des ostdeutschen Arbeitsmarktes. Um jedoch etwas über die gesellschaftliche Qualität des Problems der Verdrängung und Ausschließung durch Arbeitslosigkeit zu erfahren, ist es notwendig, auch die Bewußtseins- und Verhaltensformen der vom dauerhaften Verlust des Arbeitsplatzes Bedrohten oder Betroffenen einzubeziehen. Denn erst mit Blick auf beide Aspekte, auf die Restriktionen und Strukturen des Arbeitsmarktgeschehens und auf die Erfahrungs- und Handlungsweisen, in denen sich die Arbeitslosen mit diesen Restriktionen und Strukturen auseinandersetzen, erschließt sich Ausschließung durch Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Problem (vgl. Vogel 1997). Was bedeutet es nach unseren empirischen Erhebungen, in die Dauerarbeitslosigkeit bzw. in die Soziallage der Überzähligen verdrängt zu werden?

Auf der *Ebene des Arbeitsmarktes* bedeutet es, von allen Seiten signalisiert zu bekommen, daß sich unter den veränderten sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Anstrengungen bei der Arbeitssuche und Investitionen in die Erwerbskarriere nicht mehr lohnen. Unmißverständlich werden diese langzeitarbeitslosen Frauen und Männer von potentiellen Arbeitgebern, Beratern im Arbeitsamt, aber (insbesondere im Falle arbeitsloser Frauen) auch vom eigenen familiären Umfeld mit der Tatsache konfrontiert, daß aktuell wie wohl auch in Zukunft kein Bedarf an

ihrer Arbeitskraft mehr besteht. Der Arbeitsplatzverlust nach der „Wende“ beendete in diesen Fällen häufig abrupt das Erwerbsleben. Auch die umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Auffanglösungen erreichen diese Arbeitslosen nur partiell. Die Selektivität der ostdeutschen Arbeitsmarktpolitik bekommen sie sehr deutlich und schmerzhaft zu spüren. Dementsprechend macht sich unter ihnen ein Gefühl des Zurückgewiesenseins breit. In ihrem Arbeitsmarktverhalten reagieren sie darauf. Sie ziehen sich zurück bzw. beschränken ihre Aktivitäten nur noch auf die vom Arbeitsamt geforderten Pflichtkontakte. Diese Routinisierung der Kontakte zwischen Arbeitslosen und dem Arbeitsamt beruht dabei auf Gegenseitigkeit. Die Überzähligen der neuen Arbeitsgesellschaft begegnen auf dem Amt ohnehin nur noch mehr oder weniger mit-leidvollem Desinteresse. Wohin sie auch blicken, was sie auch unternehmen: sie sammeln dabei die Erfahrung der Vergeblichkeit eigener Bemühungen um Erwerbsarbeit. Nicht eine DDR-geprägte subjektive Handlungsinkompetenz oder ein entscheidungsentwöhnter und außengelenkter Sozialcharakter bewegt sie zum Rückzug vom Arbeitsmarkt, wie in einer Vielzahl von sozialwissenschaftlichen Publikationen geargwöhnt wird. Vielmehr ist es die Aussichtslosigkeit eigener Aktivitäten im Angesicht schrumpfender Erwerbsmöglichkeiten durch Deindustrialisierung und der zwangsläufig veränderten Zugangsbedingungen zu den neuen Arbeitsplätzen.

Auf der *Ebene der sozialen Einbindung und Alltagsgestaltung* führt das Zurückgewiesensein am Arbeitsmarkt zum Rückzug aus Sozialkontakten. Zur Soziallage der Überzähligen zu gehören bedeutet demzufolge, weitgehend in sozialer Isolation zu leben. In der neuen Arbeitsgesellschaft westlichen Zuschnitts sehen diese Arbeitslosen für sich keinen Platz mehr - das gilt mit Blick auf ihre Teilhabe am Erwerbsleben, aber auch mit Blick auf ihre sozialen Aktivitäten. Ihren neuen Status als dauerhaft Arbeitslose sehen sie in jeder Hinsicht als defizitär an. Mit Blick auf ihre soziale Umwelt betrachten sie sich als die Unterlegenen der „Wende“, die weit mehr verloren als gewonnen haben.

Nicht mehr am Erwerbsleben teilhaben zu können, beschämt sie. Sie artikulieren deutlich ihre Angst, als Arbeitslose in der Öffentlichkeit erkannt und diskriminiert zu werden. Der Verlust der Arbeit treibt sie in die soziale Isolation und Einsamkeit. Familie und Partnerschaft - das trifft für Männer *und auch* für Frauen zu - entfalten für sie in der Arbeitslosigkeit keine kompensatorischen Effekte, wie sie aus Untersuchungen in den alten Bundesländern bekannt sind (vgl. Kronauer/Vogel/Gerlach 1993, S. 126 ff. und S. 209 ff.). Auch andere soziale Netzwerke, beispielsweise nachbarschaftliche Kontakte, Kontakte zu ehemaligen Kollegen oder anderen Arbeitslosen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, spielen bei der Bewältigung des Arbeitsplatzverlustes für sie keine Rolle. Im Gegenteil: Sie meiden bewußt und gezielt diese Kontakte.

Auf der *Ebene der materiellen Möglichkeiten* bedeutet die Zugehörigkeit zur Soziallage der Überzähligen, eine Verengung der finanziellen Handlungsspielräume in Kauf nehmen zu müssen. Die „Überzähligen“ sind gezwungen, ihre materiellen Bedürfnisse zu begrenzen. Das geschieht in einer Situation, in der sich die materiellen Bedürfnisse mit der „Wende“ erheblich verändert und erweitert haben. Was nun im Vergleich zu anderen als materielle Einschränkung oder als Deklassierung erlebt wird, erscheint im Vergleich zur Vergangenheit zugleich als deutliche materielle Verbesserung - gerade im Hinblick auf die Qualität und Quantität des privaten Konsums. Doch als Orientierungspunkte fungieren mehr und mehr die neuen, seit 1990 möglichen und gültigen Standards der Lebensführung. In bezug darauf bleibt man gegenüber anderen in seinen finanziellen Möglichkeiten deutlich zurück.

Chancenlosigkeit am Arbeitsmarkt, die Aufgabe der Bemühungen um Arbeit, soziale Isolation und finanzielle Restriktionen bilden die Grundlage für die Entstehung eines Bewußtseins sozialer Marginalität. Dieses Marginalitätsbewußtsein, das am Rande der neuen ostdeutschen Arbeitsgesellschaft entsteht, unterscheidet klar zwischen denen, die „oben“, und denen, die „un-

ten“ sind. Die „Wende“ wird als eine Rückkehr der Klassengesellschaft bzw. als eine Verschärfung sozialer Ungleichheit zu Ungunsten des „normalen Arbeiters“ verstanden. Diesem Marginalitätsbewußtsein liegt ein dichotomes Gesellschaftsbild zugrunde, wie wir es in einer vergleichbaren Form unter westdeutschen Arbeitslosen nicht angetroffen haben (vgl. Kronauer/Vogel 1998). Das heißt, daß sich in der Erfahrung sozialer Ausschließung durch Arbeitslosigkeit derzeit (noch) eine bedeutsame Differenz zwischen West und Ost bemerkbar macht. Während sich in Westdeutschland bei den Langzeitarbeitslosen ein Gesellschaftsbild des „Innen“ und „Außen“ herauszubilden beginnt, nehmen sich die von Ausschließungsprozessen betroffenen ostdeutschen Arbeitslosen stärker im Rahmen des traditionellen Arbeiterklassenbewußtseins von „Oben“ und „Unten“ wahr. Sozialer Abstieg und Ausschließung am Arbeitsmarkt erscheinen - unter den gegebenen Arbeitsmarktbedingungen sehr realitätsgerecht - als ein Schicksal, das in besonderem Maße die Arbeiterschaft trifft.

Doch entwickelt sich aus dem vorhandenen Bewußtsein der sozialen Deklassierung und Ausschließung der Arbeiterschaft nun ein spezifisch ostdeutsches Arbeitslosenbewußtsein, das zu kollektivem, gar widerständigem Handeln drängt? Entsteht infolge der Verfestigung und Verstetigung der Arbeitslosigkeit im Sozialgefüge der ostdeutschen Gesellschaft eine durch besondere Verhaltensweisen und Bewußtseinsformen ausgezeichnete „Klasse“ der Arbeitslosen? Bestätigen läßt sich das allenfalls im negativen Sinn, d.h. im Sinne einer durch gemeinsame Lebensumstände erzwungenen Praxis der Resignation, des Rückzugs vom Arbeitsmarkt und der materiellen Einschränkungen, sowie eines mehr oder weniger deutlich artikulierten Bewußtseins, in einer von Erwerbsarbeit bestimmten Gesellschaft keinen Platz (mehr) zu haben. „Nicht-Klasse von Nicht-Arbeitern“ hat André Gorz die Überzähligen der Arbeitsgesellschaft von heute einmal genannt. Der Ausschluß dieser für das Erwerbssystem Überzähligen ist gerade dadurch charakterisiert, daß er jede positive soziale Identität untergräbt (vgl. auch Kronauer/Vogel 1998).

Mit dem Verlust der Erwerbsarbeit haben diese „Überzähligen“ der Arbeitsgesellschaft ihre zentralen biographischen Stütz- und Bezugspunkte verloren. Das Bewußtsein sozialer Marginalität basiert also nicht auf neuen Stützpunkten sozialer Identität, die gegen die Gesellschaft ins Spiel gebracht werden, und es drängt die Träger dieses Bewußtseins nicht zu aktivem Handeln. Das heißt, es spricht wenig dafür, daß sich am Rande der ostdeutschen Gesellschaft die Grundlage für neue Formen sozialen Zusammenhalts heranbildet, denn Arbeitslosigkeit entsolidarisiert: Die Betroffenen fühlen sich von der Allgemeinheit zurückgestoßen, da sie bestimmte gesellschaftliche Standards nicht mehr erfüllen können, und wenden sich daher selbst von der Allgemeinheit ab. Die Soziallage und das Bewußtsein der Überzähligkeit sind eher die Basis eines negativen Individualisierungsprozesses. In einer Gesellschaft, in der Identität, Prestige und Sozialstatus sehr eng mit dem Erwerbstätigsein verknüpft ist, zwingt Dauerarbeitslosigkeit die Betroffenen auf sich selbst zurück. Sie kämpfen mit sich selbst, nicht gegen die Gesellschaft. Durch den dauerhaften Ausschluß vom Arbeitsmarkt und aus dem sozialen Leben verengen sich ihre Handlungs- und Bewegungsspielräume. Auf diese Weise werden sie zu Gefangenen der eigenen Gegenwart, deren Planungshorizont das Jetzt ist. Denn mit dem Verlust der Erwerbsarbeit haben sie auch die Verfügungsgewalt über ihre Zukunft verloren. Auch die Massenhaftigkeit der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ändert nichts daran und schützt nicht davor, daß unter den gegebenen arbeitsgesellschaftlichen Verhältnissen die dauerhafte Arbeitslosigkeit eine vereinzelnde, demoralisierende und beschämende Sozialerfahrung ist.

Wie könnte die weitere Entwicklung der Soziallage der Überzähligen aussehen, auch in quantitativer Hinsicht? Unter Berücksichtigung der aktuellen Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern spricht vieles dafür, daß sich die Sozialerfahrung der „Überzähligkeit“ weiter ausdehnen wird. Sie könnte in wachsendem Maße auch diejenigen arbeitslosen Frauen und Männer erfassen, die in den ersten Jahren nach der „Wende“ arbeitsmarktpolitisch noch „im Rennen“ gehalten

wurden. Angesichts der weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage gerade im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft Ostdeutschlands und angesichts der Reduzierung öffentlicher Arbeitsförderung drohen ihre Bemühungen, dauerhaft in Erwerbsarbeit zurückzukehren, ins Leere zu laufen.

Festzuhalten bleibt: Die Soziallage der Überzähligen und das am Rande der ostdeutschen Gesellschaft seit der „Wende“ gewachsene Bewußtsein sozialer Marginalität konstituiert keine Arbeitslosenbewegung. Wohl auch dann nicht, wenn - was sehr wahrscheinlich ist - diese Soziallage quantitativ weiter zunimmt und sich das Marginalitätsbewußtsein auf weitere Kreise der Erwerbsbevölkerung erstreckt. Und dennoch bilden die Spuren, die die Arbeitslosigkeit im Sozialgefüge und im Bewußtsein hinterläßt, möglicherweise die Grundlage für die gesellschaftlichen „Turbulenzpotentiale“, von denen Lutz spricht.

3. Die Spuren der Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches und politisches „Turbulenzpotential“?

Abschließend stellt sich die Frage nach der zukünftigen Entwicklung einer Gesellschaft, in der Arbeitslosigkeit zu einem dominanten Struktur- und Erfahrungsmoment geworden ist. Kurz gefragt: Worin bestehen die sozialen und politischen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland? Sie bestehen wohl kaum in der Politisierung und Solidarisierung der (Langzeit-)Arbeitslosen, sondern viel eher darin, daß gerade in den neuen Bundesländern mit der Arbeitslosigkeit und mit der Situation von Arbeitslosen Politik gemacht wird - und zwar in der Regel zu Lasten der Arbeitenden. So entwickelte sich die Arbeitslosigkeit im gesellschaftlichen Umbruch zur wirksamsten Waffe, um die Intensivierung und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen durchzusetzen und um herrschendes Arbeits- und Sozialrecht sukzessive abzubauen. Wenn man über die Spuren der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland spricht, dann darf man

diese neue Realität der Erwerbsarbeitsverhältnisse nicht aus den Augen verlieren. Die Politik, die mit der Massenarbeitslosigkeit seit der „Wende“ gemacht wird, legt ein Entwicklungsszenario einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ neuen Typs nahe, in der es eine relative Arbeitsplatzsicherheit und Beschäftigungsstabilität nur noch für eine Minderheit der Erwerbstätigen gibt.

In der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ Westdeutschlands trug bzw. trägt das eine Drittel der prekär Erwerbstätigen und der (periodisch oder dauerhaft) Arbeitslosen eher zur Stabilisierung denn zur Entlegitimierung der Mehrheitsgesellschaft bei. In anderer Weise stellt sich dagegen die Lage in den neuen Ländern dar. Hier ist tatsächlich die Frage, welchen Grad an Prekarität und Brüchigkeit in der Erwerbssphäre eine demokratische und an sozialen Solidarprinzipien orientierte Gesellschaft vertragen kann. *Denn die Arbeitslosigkeit hat die ostdeutsche Gesellschaft nicht allein an ihren Rändern verändert, sondern auch in ihrem Zentrum* - und zwar in einem Maße, das bislang aus den alten Bundesländern unbekannt ist. Genau darauf weist das Bild der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ neuen Typs hin. Diese Verbindung von sozialer Brüchigkeit und Verletzbarkeit im Zentrum und sozialer Ausschließung und Auflösung an den Rändern der Arbeitsgesellschaft bildet eine tragfähige Grundlage für die Entstehung sozialer und politischer Turbulenzen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die ostdeutsche Gesellschaft und mit ihr auch die Gesellschaft Gesamtdeutschlands zukünftig beschäftigen werden.

Die Verdrossenheit und das Mißtrauen gegenüber dem neuen Institutionengefüge, die rückblickende Aufwertung der DDR-Gesellschaft und ihrer sozialen Integrationsleistungen, die starke Stellung der PDS insbesondere unter den mittleren und älteren Altersjahrgängen oder auch der unter ostdeutschen Jugendlichen grassierende Rechtsextremismus können nur vor diesem Hintergrund der fundamentalen Instabilität und Fragilität des Erwerbssystems verstanden werden (vgl. Pollack 1997). Die Arbeitslosigkeit, die als stets präsente Drohung über dem Arbeits- und Wirtschaftsleben schwebt,

bestimmt maßgeblich den Blick der Menschen in Ostdeutschland auf die neue Gesellschaftsordnung. Die Legitimität der politischen Verfassung wird im Falle des deutsch-deutschen Transformations- und Vereinigungsprozesses sehr eng mit der Frage des wirtschaftlichen Erfolgs und Wohlergehens verknüpft (vgl. Dahrendorf 1996 und Lepenies 1992). Die Integrationsfähigkeit des Arbeitsmarktes entscheidet daher nicht nur über die Einbindung der Erwerbsbevölkerung in das Erwerbsleben, sondern auch über die Bindung des einzelnen Bürgers an die Gesellschaft und ihre tragenden Institutionen.

„Der Polizeistaat kommt über die Arbeitslosigkeit“ - so antwortete vor nicht langer Zeit Ralf Dahrendorf auf die Frage nach den Gefahren, die von der Arbeitslosigkeit für die Gesellschaft ausgehen (vgl. Dahrendorf 1996). Im Falle Ostdeutschlands haben wir gesehen, daß die Arbeitslosigkeit seit der „Wende“ tiefe und auf lange Zeit unauslöschbare Spuren hinterlassen hat - mit sehr konkreten und praktischen Folgen. Durch die Arbeitslosigkeit wurde ein Gutteil der zu DDR-Zeiten aktiven Erwerbsbevölkerung vom Arbeitsmarkt und aus dem gesellschaftlichen Leben verdrängt, und die Arbeitslosigkeit wurde darüber hinaus auf der betrieblichen Ebene zum Transmissionsriemen eines forcierten Abbaus von Arbeitnehmerrechten. Wird die Arbeitslosigkeit auch zum politischen Transmissionsriemen eines schleichenden Abbaus von Bürgerrechten? Diese politisch brisante Frage betrifft zweifelsohne nicht nur die neuen Länder, aber möglicherweise wird dort eine wichtige Antwort auf diese Frage gegeben.

Kronauer, Martin; Vogel, Berthold (1998): Spaltet Arbeitslosigkeit die Gesellschaft? In: Berger, Peter A.; Vester, Michael (Hrsg.): Alte Ungleichheiten - Neue Spaltungen. Opladen. S. 333-350.

Literaturverzeichnis

- Castel, Robert (1996): Nicht Exklusion, sondern Desaffiliation. Ein Gespräch mit Francois Ewald. In: Das Argument 217/1996. Berlin. S. 775-780.
- Dahrendorf, Ralf (1996): Der Polizeistaat kommt über die Arbeitslosigkeit. In: Frankfurter Rundschau vom 01.04.1996. S. 7.
- Kronauer, Martin; Vogel, Berthold; Gerlach, Frank (1993): Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung. Frankfurt/M./New York.

- Lepenies, Wolf (1992): Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung. Berlin.
- Lutz, Burkart (1997): Zwischenbilanz: Stand und neue Aufgaben der Forschung. In: Beer, Doris; Brinkmann, Christian; Deeke, Axel; Schenk, Sabine (Hrsg.): Der ostdeutsche Arbeitsmarkt in Gesamtdeutschland: Angleichung oder Auseinanderdriften? Opladen. S. 149-161.
- Nethövel, Wolfgang (1993): „Ich bin Arbeiter - wer ist weniger?“ In Ostdeutschland überlagert die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, alles. In: Frankfurter Rundschau vom 09.07.1993. S. 10.
- Pollack, Detlef (1996): Alles wandelt sich, nur der Ossi bleibt stets der gleiche? Ein Widerspruch zu den gängigen Deutungsmustern der mentalen Spaltung zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen. In: Frankfurter Rundschau vom 29.06.1996. S. 16.
- Pollack, Detlef (1997): Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 13/97. Bonn. S. 3-14.
- Thierse, Wolfgang (1997): Jenseits von Klischees und Ressentiments. Neben dem ökonomischen Desaster gibt es in Ostdeutschland auch eine Reihe gelungener Innovationsprojekte. In: Frankfurter Rundschau vom 11.02.1997. S. 16.
- Türcke, Christoph (1996): Ausgrenzung. Die Aktualität eines Begriffs oder: das andere Gesicht der Integration. In: Frankfurter Rundschau vom 02.11.1996. S. ZB 3.
- Vogel, Berthold (1997): Neue Spaltungslinien am Arbeitsmarkt? Zur Frage der Produktion sozialer Ungleichheit durch Arbeitslosigkeit. In: Klein, Gabriele; Strasser, Hermann (Hrsg.): Schwer vermittelbar. Zur Theorie und Empirie der Langzeitarbeitslosigkeit. Opladen. S. 129-144.
- Vogel, Berthold (1999): Ohne Arbeit in den Kapitalismus. Der Verlust der Erwerbsarbeit im Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft. Hamburg.
- Wiener, Bettina (1997): Ausdifferenzierungsprozesse im Erwerbssystem und Neustrukturierung von Erwerbsmustern - ein Überblick. In: Schenk, Sabine (Hrsg.): Ostdeutsche Erwerbsverläufe zwischen Kontinuität und Wandel. Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Band 1.2. Opladen. S. 12-57.